Niederschrift

über die 31. Sitzung der Gemeindevertretung Alkersum am Dienstag, dem 20.12.2022, im Feuerwehrgerätehaus Alkersum.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 19:34 Uhr - 20:35 Uhr

Gemeindevertreter

Herr Johannes Siewertsen	Bürgermeister und Protokollführung
Herr Jan Carstensen	
Frau Svenja Carstensen	
Frau Ellin Hansen	
Herr Börge Ketels	1. stellv. Bürgermeister
Frau Kerrin Nickelsen	2. stellv. Bürgermeister

Entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter

Herr Michael Heldt
Herr Martin Juhl

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 30. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Einwohnerfragestunde
- 6 . Bericht des Bürgermeisters
- 6.1 . Wirtschaftswege
- 6.2 . Bürgerversammlung
- 6.3 . Parkverbot Poststraße
- 6.4 . Brückenrenovierung
- 6.5 . Tempo 30 Zonen
- 6.6 . Baumschutzsatzung Alkersum
- 6.7 . Rückblick 2022
- 6.8 . Überweidung auf der Geest
- 7 . Bericht der Ausschussvorsitzenden
- 8 . Erlass einer neuen Hauptsatzung für die Gemeinde Alkersum
Vorlage: Alk/000163
- 9 . Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2023 der Gemeinde Alkersum
Vorlage: Alk/000164

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Siewertsen begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

GV Martin Juhl sowie GV Michael Heldt fehlen entschuldigt.

2. Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge gestellt.

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung und Beschlussfassung von Tagesordnungspunkten

Bürgermeister Siewertsen stellt die nichtöffentliche Beratung der TOP 10-14 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (6 Ja)

Da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls sowie berechnigte Interessen Einzelner es erforderlich machen, werden die genannten Tagesordnungspunkte nichtöffentlich beraten.

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 30. Sitzung (öffentlicher Teil)

Es gibt keine Einwände gegen Form und Inhalt der Niederschrift der letzten Sitzung. Diese gilt somit als genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Fragen von den Einwohnern gestellt worden.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Wirtschaftswege

Bürgermeister Siewertsen berichtet, dass die Reparaturarbeiten an den Wirtschaftswegen in diesem Jahr, wegen Materialmangel, nicht ausgeführt werden konnten. Dieses wird im Frühjahr 2023 nachgeholt. Eine weitere Reparatur, wie gewohnt im Herbst, wird es 2023 nicht geben. Deshalb der hohe Betrag im Haushalt.

6.2. Bürgerversammlung

Bürgermeister Siewertsen stellt die Frage in den Raum, ob man als Abschluss dieser Wahlperiode eine Bürgerversammlung abhalten solle. Damit könne man die letzten 5 Jahre noch einmal erklären und vielleicht auch die eine oder andere Frage aus der Bevölkerung klären. Man spricht sich einstimmig für eine Bürgerversammlung vor den nächsten Wahlen aus.

6.3. Parkverbot Poststraße

Bürgermeister Siewertsen berichtet über einen mündlichen Antrag, der ein Parkverbot in der Poststraße fordere.

Einstimmig wollen sich alle Gemeindevertreter zur nächsten Sitzung Gedanken machen wie man hier verfahren möchte.

6.4. Brückenrenovierung

Bürgermeister Siewertsen berichtet über die Sanierungskosten der Brücken in der Gemeinde Alkersum. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 200 000 € plus eine Brückenerneuerung. Die Kosten für die Erneuerung sind noch nicht zu berechnen. Die Kosten für die Sanierungen sind im Haushalt mit eingebracht.

6.5. Tempo 30 Zonen

Bürgermeister Siewertsen berichtet über die Abnahme der Tempo 30 Schilder. Diese müssen alle komplett abgebaut werden, bevor die Verkehrsbehörde die in Alkersum angedachten Tempo 30 Zonen genehmigen wird. Dies ist mit einem enormen Kostenaufwand für die Gemeinden verbunden. Hierzu zeigt Bürgermeister Siewertsen einen Auszug von einem Schriftverkehr mit dem Ordnungsamt.

Nach einem Gedankenaustausch könne man sich auch vorstellen, mit der Ausweisung von den Tempo 30 Zonen zu warten und zu beobachten wie sich die Verkehrssituation entwickle. Danach könne man immer noch reagieren. Eine Entscheidung hierzu soll in der nächsten Sitzung getroffen werden. Die Möglichkeit und den Versuch die Ortsschilder auf Föhr von einem Föhrer Unternehmen wieder verkehrstauglich zu machen, stieß auf Zustimmung.

6.6. Baumschutzsatzung Alkersum

Bürgermeister Siewertsen stellte einen Entwurf für eine neue Baumschutzsatzung vor. Einstimmig spricht sich die Gemeindevertretung dafür aus diesen Entwurf zu übernehmen und in der nächsten Sitzung, mit einer Vorlage, zu verabschieden.

6.7. Rückblick 2022

Bürgermeister Siewertsen berichtet mit Wort und Bild über die wichtigsten Themen im Jahr 2022. Hierzu wird Bild und Text aus dem Infobrief des Amt-Föhr-Amrum verwendet.

6.8. Überweidung auf der Geest

Bürgermeister Siewertsen berichtet zum Thema Überweidung auf der Geest. Er habe sich mit dem Besitzer der Weide unterhalten. Dieser habe sein Land weiterverpachtet. Weiter habe ihm der Landwirt erklärt, dass auf einer festgelegten Fläche im Winter nur eine bestimmte Anzahl an Vieh gehalten werden dürfe. Da dies hier nicht eingehalten wurde habe der Pächter angrenzendes Land hinzugepachtet um das Verhältnis wieder

herzustellen. Es wurde in der Sitzung dann berichtet, dass sich nichts geändert hätte. Es seien immer noch genauso viele Rinder auf der selben Wiese. Von einer hinzugepachteten Fläche sei dem anwesenden Landwirt, dem diese Fläche gehöre, nichts bekannt. Bürgermeister Siewertsen sagt, er werde dies klären.

7. Bericht der Ausschussvorsitzenden

GV Börge Ketels berichtet über die letzte Sitzung im Wasserbeschaffungsverband.

8. Erlass einer neuen Hauptsatzung für die Gemeinde Alkersum Vorlage: Alk/000163

Sachdarstellung mit Begründung:

Bürgermeister Siewertsen erläutert allen noch einmal die Hauptsatzung und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Die Gemeindevertretung spricht sich dafür aus, § 10 zu ändern. Die Summe 1200 € soll geändert werden in 600 € und die monatliche Förderung soll von 20 € auf 10 € geändert werden.

Die Hauptsatzung der Gemeinde Alkersum ist an das Satzungsmuster des schleswig-holsteinischen Innenministeriums sowie die aktuelle Rechtslage anzupassen und soll daher neu erlassen werden. Die wesentlichen Änderungen gegenüber der bisher gültigen Hauptsatzung sind im Folgenden dargestellt und begründet. Die neue Hauptsatzung ist als Anlage 1 beigelegt.

§ 2

Bürgermeisterin, Bürgermeister

Der in § 2 Absatz 2 der bisherigen Hauptsatzung aufgeführte Katalog der auf die Bürgermeisterin / den Bürgermeister übertragenen Entscheidungen wird wie folgt geändert:

- Die in den Nummern 2 bis 7 und 10 bis 12 genannten Wertgrenzen werden um jeweils 500 € erhöht. Die Änderung dient der Anpassung der Wertgrenzen an die allgemeine Preissteigerung und der sachdienlichen Erweiterung des Handlungsspielraums der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters.
- Nummer 13 sieht bislang vor, dass die Bürgermeisterin / der Bürgermeister über die Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach dem BauGB entscheiden darf, soweit der im Grundstückskaufvertrag vereinbarte Wert 2.500 € nicht überschreitet. Die Regelung ist jedoch wenig praktikabel, da im Fall von Grundstückskaufverträgen die Wertgrenze von 2.500 € in der Regel überschritten wird. Daher müsste eine weitaus höhere Wertgrenze festgelegt werden, die dann jedoch wiederum nicht mehr im Verhältnis zu den übrigen in Absatz 2 genannten Wertgrenzen stehen würde.

Die Verwaltung schlägt daher eine alternative Neufassung der Regelung vor. Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister soll zukünftig dazu befugt sein, zu entscheiden, ob auf die Ausübung eines gesetzlichen Vorkaufsrechts verzichtet wird. Falls kein Verzicht erfolgt, entscheidet dann die Gemeindevertretung, ob das Vorkaufsrecht ausgeübt wird oder nicht. Nummer 13 erhält daher folgende Neufassung:

„(2) [Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister] entscheidet ferner über:

[...]

13. Verzicht auf die Ausübung gesetzlicher Vorkaufsrechte,“

- Absatz 2 wird um die folgende Nummer 14 erweitert:

„(2) [Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister] entscheidet ferner über:

[...]

14. Stellungnahmen zur Aufstellung von Bauleitplänen anderer Gemeinden im Rahmen der Beteiligung gemäß §§ 4 und 4 a BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB.“

Bislang obliegt es der Gemeindevertretung, über eine Stellungnahme zu einem Bauleitplanverfahren einer anderen Gemeinde zu entscheiden. Zur fristgerechten Abgabe der Stellungnahme ist es jedoch erforderlich, dass sich die Gemeindevertretung innerhalb des Beteiligungszeitraums mit der Angelegenheit befasst. Dies ist aus zeitlichen Gründen allerdings nicht immer möglich. Damit die Gemeinde zukünftig unabhängig von Sitzungsterminen fristgerecht Stellungnahmen zu Planungen anderer Gemeinden abgeben kann, soll die Entscheidungsbefugnis über die Stellungnahme auf die Bürgermeisterin / den Bürgermeister übertragen werden.

§ 3

Gleichstellungsbeauftragte

§ 3 der bisherigen Hauptsatzung wird wie folgt an das Satzungsmuster angepasst:

„§ 3

Gleichstellungsbeauftragte

(zu beachten: § 22 a Abs. 5 AO, § 2 Abs. 4 GO)

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Föhr-Amrum kann an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilnehmen. Dies gilt auch für nichtöffentliche Teile von Sitzungen. Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind ihr rechtzeitig bekannt zu geben. In Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs ist ihr auf Wunsch das Wort zu erteilen.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte trägt zur Verwirklichung der

Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gemeinde bei. Sie ist dabei insbesondere in folgenden Aufgabenbereichen tätig:

- Einbringung frauenspezifischer Belange in die Arbeit der Gemeindevertretung,*
- Prüfung von Verwaltungsvorlagen auf ihre Auswirkungen für Frauen, zum Beispiel auch bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes,*
- Mitarbeit an Initiativen zur Verbesserung der Situation von Frauen in der Gemeinde,*
- Anbieten von Sprechstunden und Beratung für hilfesuchende Frauen,*
- Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, Institutionen, Betrieben und Behörden, um frauenspezifische Belange wahrzunehmen.*

(3) Sie ist im Rahmen ihres Aufgabenbereiches an allen Vorhaben so frühzeitig zu beteiligen, dass ihre Initiativen, Anregungen, Vorschläge, Bedenken oder sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können. Dazu sind ihr die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen zur Kenntnis zu geben sowie erbetene Auskünfte zu erteilen.

(4) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in ihrem Aufgabenbereich eigene Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dabei ist sie an Weisungen nicht gebunden.“

§ 5

Ausschüsse

Der bisher in § 5 Absatz 1 aufgeführte Bau- und Wegeausschuss wird in der neuen Hauptsatzung nicht mehr berücksichtigt. Bereits im Juni 2018 hatte sich die Gemeindevertretung Alkersum einstimmig dafür ausgesprochen, den Ausschuss nicht zu besetzen und aus der Hauptsatzung zu streichen. Der neue Absatz 1 enthält daher die Angaben zum Ausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses (bisher Absatz 2). Der weitere Regelungsinhalt des § 5 wird an das Satzungsmuster angepasst. § 5 erhält dadurch folgende neue Fassung:

„§ 5

Ausschüsse

(zu beachten: §§ 16 a, 45, 46 und § 92 Abs. 5 GO)

(1) Der folgende nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildende Ausschuss wird bestellt:

Ausschuss zur Prüfung des Jahresabschlusses

Zusammensetzung:

3 Mitglieder der Gemeindevertretung

Aufgabengebiet:

Prüfung des Jahresabschlusses

- (2) Neben dem in Absatz 1 genannten Ausschuss werden weitere nach besonderen gesetzlichen Vorschriften zu bildende Ausschüsse bestellt.*
- (3) Zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern können auch Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, die der Gemeindevertretung angehören können.*
- (4) Die Zahl der Ausschusssitze kann sich durch Anwendung des § 46 Abs. 1 und 2 GO (Überproportionalitätsmandate, beratendes Grundmandat) erhöhen.*

Als zusätzliche Mitglieder im Sinne des § 46 Abs. 2 GO, einschließlich deren Stellvertretende, können in den in Absatz 1 genannten Ausschuss auch Bürgerinnen und Bürger entsandt werden, die der Gemeindevertretung angehören können.

- (5) Den Ausschüssen wird die Entscheidung über die Befangenheit ihrer Mitglieder und der nach § 46 Abs. 9 GO an den Ausschusssitzungen teilnehmenden Mitgliedern der Gemeindevertretung übertragen.“*

§ 7

Sitzungen in Fällen höherer Gewalt

Die Gemeindeordnung wurde mit Gesetz vom 07.09.2020 (GVOBl. 2020, S. 514) dahingehend geändert, dass kommunale Gremiensitzungen in Fällen höherer Gewalt als Videokonferenz durchgeführt werden können. Hierfür ist die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in die Hauptsatzung erforderlich. Aus diesem Grund wird folgender neuer § 7 in die Hauptsatzung eingefügt, mit dem die formellen Voraussetzungen für die Durchführung von Sitzungen der Gemeindevertretung als Videokonferenz geschaffen werden:

„§ 7

Sitzungen in Fällen höherer Gewalt

(zu beachten: § 35 a GO)

- (1) Bei Naturkatastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Gemeindevertreterinnen und -vertreter an Sitzungen der Gemeindevertretung erschweren oder verhindern, können die notwendigen Sitzungen der Gemeindevertretung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als Videokonferenz durchgeführt werden. Dabei werden geeignete technische Hilfsmittel eingesetzt, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister.*

- (2) *Sitzungen der Ausschüsse können im Sinne des Absatzes 1 durchgeführt werden.*
- (3) *In einer Sitzung nach Absatz 1 und 2 findet eine Wahl im Falle eines Widerspruchs nach § 40 Abs. 2 GO durch geheime briefliche Abstimmung statt. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.*
- (4) *Die Gemeinde entwickelt ein Verfahren, wie Einwohnerinnen und Einwohner im Fall der Durchführung von Sitzungen im Sinne des Absatzes 1 Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft stellen und Vorschläge und Anregungen unterbreiten können. Das Verfahren wird mit der Tagesordnung zur Sitzung im Sinne des Absatzes 1 bekanntgemacht.*
- (5) *Die Öffentlichkeit im Sinne des § 35 Abs. 1 Satz 1 GO wird durch eine zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton in einem öffentlich zugänglichen Raum und durch eine Echtzeitübertragung oder eine vergleichbare Einbindung über Internet hergestellt.“*

Die bisherigen §§ 7 und 8 der Hauptsatzung werden die §§ 8 und 9. Der bisherige § 9 wird der § 11.

§ 9 Entschädigungen

Die bisher in § 8, in der neuen Hauptsatzung in § 9 enthaltenen Entschädigungsregelungen werden wie folgt geändert:

- In Absatz 1 wird die Höhe der Pauschalen für die Nutzung eines Wohnraumes für dienstliche Zwecke sowie für die dienstliche Benutzung einer privaten Telekommunikationseinrichtung auf maximal 20 € pro Monat festgelegt. Die Anspruchsvoraussetzungen werden auf dem einzureichenden Antragsvordruck hinterlegt. Des Weiteren wird die Höhe der Aufwandsentschädigung der Stellvertreterin bzw. des Stellvertreters der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters an die Bestimmungen der Entschädigungsverordnung angepasst, so darf diese nicht in gleicher Höhe wie die monatliche Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters gewährt werden (Abstandsgebot).
- Absatz 9 wird an die Bestimmungen der Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren im Sinne des Abstandsgebotes angepasst.
- Ergänzt werden die Absätze 10 und 11 um die zu zahlenden Auslagenpauschalen bzw. Aufwandsentschädigungen an die Jugendfeuerwehrwartinnen und -warte sowie die ehrenamtlichen Gerätewartinnen und -warte.

Die Absätze 1, 10 und 11 des § 9 der neuen Hauptsatzung lauten wie folgt:

„§ 9

*Entschädigungen
(zu beachten: Entschädigungsverordnung)*

(1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung eine Aufwandsentschädigung in Höhe des Höchstsatzes der Verordnung. Der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister werden auf Antrag besonders erstattet:

- 1. Bei Benutzung eines Wohnraumes für dienstliche Zwecke die zusätzlichen Aufwendungen für dessen Heizung, Beleuchtung und Reinigung.*
- 2. Bei dienstlicher Benutzung einer privaten Telekommunikationseinrichtung die Kosten der dienstlich notwendigen Telefongebühren, die anteiligen Grundgebühren und bei erstmaliger Herstellung des Anschlusses nach Übernahme des Ehrenamtes die anteiligen Kosten der Herstellung.*

Die Aufwendungen nach Satz 2 Nr. 1 und 2 werden als monatliche Pauschalen in Höhe von maximal jeweils 20 € erstattet.

Der Stellvertreterin bzw. dem Stellvertreter der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters wird nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung bei Verhinderung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters für ihre oder seine besondere Tätigkeit als Vertretung eine Aufwandsentschädigung gewährt, deren Höhe von der Dauer der Vertretung abhängt.

Die Aufwandsentschädigung beträgt für jeden Tag, an dem die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister vertreten wird, ein Dreißigstel der monatlichen Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, höchstens jedoch 75 Prozent der monatlichen Aufwandsentschädigung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. In begründeten Ausnahmefällen kann hiervon auf Antrag abgewichen werden.

[...]

(9) Die Gemeindewehrführung erhält nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung freiwillige Feuerwehren eine Aufwandsentschädigung sowie ein Kleidergeld in Höhe des Höchstsatzes der Verordnung. Die Stellvertretung der Gemeindewehrführung erhält eine Aufwandsentschädigung sowie ein Kleidergeld, die bzw. das höchstens 75 Prozent der Aufwandsentschädigung bzw. des Kleidergeldes der Gemeindewehrführung beträgt.

(10) Jugendfeuerwehrwartinnen und -warte erhalten eine Auslagenpauschale in Höhe des Höchstsatzes der Entschädigungsrichtlinie (EntschRichtl-ff).

(11) Ehrenamtliche Gerätewartinnen und -warte erhalten für die Wartung und Pflege von Fahrzeugen der in der Entschädigungsrichtlinie (EntschRichtl-ff)

aufgeführten Fahrzeugtypen eine Entschädigung in Höhe des jeweiligen Höchstsatzes der Richtlinie. Andere Fahrzeuge sind entsprechend dem Umfang der Ausrüstung und dem zulässigen Gesamtgewicht einzustufen. Die Höhe der Entschädigung setzt die Gemeindevertretung durch Beschluss fest.“

§ 10

Zuschuss für private IT-Ausstattung

Zur Ausweitung des digitalen Sitzungsdienstes und zur Einsparung von Sitzungsunterlagen in Papierform ist seit Längerem eine Ausstattung der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der amtsangehörigen Gemeinden mit digitalen Endgeräten im Gespräch. Durch eine Änderung der Gemeindeordnung mit Gesetz vom 07.09.2020 (GVOBl. 2020, S. 514) wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für private IT-Ausstattung, die für den Sitzungsdienst oder für die Vorbereitung von Sitzungen genutzt wird, einen Zuschuss erhalten. Hierfür ist die Hauptsatzung entsprechend zu ergänzen. Daher soll der folgende neue § 10 in die Hauptsatzung aufgenommen werden:

„§ 10

Zuschuss für private IT-Ausstattung

(zu beachten: § 24 Abs. 4 GO, Entschädigungsverordnung)

- (1) Ehrenbeamtinnen und -beamte, ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger, Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter sowie nicht der Gemeindevertretung angehörende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder von Ausschüssen erhalten auf Antrag für private IT-Ausstattung, die für den Sitzungsdienst oder für die Vorbereitung der Sitzungen der Gemeindevertretung, der Ausschüsse oder der sonstigen kommunalen Gremien genutzt werden, einen Zuschuss gemäß § 24 Abs. 4 GO.*
- (2) Für die Zuschussgewährung ist die Teilnahme am elektronischen Sitzungsdienst unter Verzicht auf Papierversand Grundvoraussetzung. Die Richtlinie zur Nutzung des Ratsinformationssystems (Anlage zur Geschäftsordnung) ist dabei einzuhalten.*
- (3) Der Zuschuss beträgt pauschal 1.200 € für eine gesamte Wahlperiode von fünf Jahren. Aus organisatorischen Gründen und um einem personellen Wechsel (z. B. bei Rückgabe des Mandats) gerecht zu werden, wird der Betrag als monatliche Pauschale in Höhe von 20 € ausgezahlt.*
- (4) Mit der Zahlung sind Kosten, die im Zusammenhang mit der Nutzung der privaten IT-Ausstattung entstehen (z. B. Druck- und Papierkosten), abgegolten.“*

Die in Absatz 2 genannte Richtlinie zur Nutzung des Ratsinformationssystems ist der Beschlussvorlage als Anlage 2 beigefügt. Die Richtlinie wird als Anlage zur Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Alkersum erlassen.

Der bisherige § 10 der Hauptsatzung wird der neue § 12, der bisherige § 12 der neue § 13. Der Regelungsinhalt des bisherigen § 11 ist im Satzungsmuster nicht mehr enthalten und wird daher aus der Hauptsatzung gestrichen.

§ 11 **Verträge nach § 29 Abs. 2 GO**

Der neue § 11 enthält im Wesentlichen den Regelungsinhalt des § 9 der bisher gültigen Hauptsatzung. Gegenüber diesem werden in § 11 der neuen Hauptsatzung die Wertgrenzen um jeweils 500 € angehoben. Die Änderung dient der Anpassung der Wertgrenzen an die übrigen in der Hauptsatzung festgelegten Wertgrenzen.

§ 12 **Verpflichtungserklärungen**

Der Regelungsinhalt des neuen § 12 entspricht im Wesentlichen dem des § 10 der bisherigen Hauptsatzung. Wie im Fall des neuen § 11 werden auch im neuen § 12 die Wertgrenzen um jeweils 500 € angehoben, um diese an die übrigen in der Hauptsatzung festgelegten Wertgrenzen anzupassen.

§ 13 **Veröffentlichungen**

Bekanntmachungen der Gemeinde Alkersum erfolgen bislang durch Aushang an der Bekanntmachungstafel. Aufgrund einer Änderung der Bekanntmachungsverordnung ist es mittlerweile zulässig, Bekanntmachungen auch ausschließlich im Internet zu veröffentlichen. Hiervon ausgenommen sind jedoch Bekanntmachungen nach dem Baugesetzbuch, die weiterhin (zusätzlich) durch Aushang erfolgen müssen.

Die Internetbekanntmachung stellt eine zeitsparende ebenso wie zeitgemäße und bürgerfreundliche Alternative zur Bekanntmachung über die Bekanntmachungstafeln dar. Durch die Bereitstellung der Bekanntmachungen auf der Internetseite des Amtes Föhr-Amrum (www.amtfa.de) reduziert sich nicht nur der Arbeitsaufwand für die zuständigen Mitarbeitenden des Amtes, sondern auch das Risiko für formelle Verfahrensfehler. Zudem können sich Bürgerinnen und Bürger jederzeit und ortsunabhängig online über aktuelle Bekanntmachungen der Gemeinde informieren.

Die Hauptsatzung erhält daher folgenden neuen § 13:

„§ 13 **Veröffentlichungen** *(zu beachten: Bekanntmachungsverordnung, §§ 4 a, 6 a und 10 a BauGB)*

- (1) Satzungen der Gemeinde werden durch Bereitstellung auf der Internetseite www.amtfa.de bekannt gemacht.*
- (2) Jede Person kann sich Satzungen kostenpflichtig zusenden lassen. Textfassungen werden in den Amtsgebäuden des Amtes Föhr-Amrum in*

25938 Wyk auf Föhr, Hafenstraße 23 und 25946 Nebel, Strunwai 5 zur Mitnahme ausgelegt oder bereitgehalten.

- (3) *Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen.*
- (4) *Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.*
- (5) *Nach dem Baugesetzbuch erforderliche örtliche Bekanntmachungen der Gemeinde werden durch Aushang an der Bekanntmachungstafel, die sich am Dorfplatzhaus, Hauptstraße, befindet, bekannt gemacht. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung wird zusätzlich unter der Adresse nach Absatz 1 ins Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes auf www.schleswig-holstein.de/bauleitplanung zugänglich gemacht.“*

Abstimmungsergebnis: 6 Ja (einstimmig)

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung beschließt die als Anlage 1 beigefügte neue Hauptsatzung der Gemeinde Alkersum inkl. der genannten Änderungen.
2. Die Gemeindevertretung beschließt die als Anlage 2 beigefügte Richtlinie für die Nutzung des Ratsinformationssystems der Gemeinde Alkersum als Anlage zur Geschäftsordnung der Gemeindevertretung der Gemeinde Alkersum.

9. Beratung und Beschlussfassung über den Erlass der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2023 der Gemeinde Alkersum Vorlage: Alk/000164

Bürgermeister Siewertsen stellt den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 vor und lässt über die Vorlage abstimmen.

Sachdarstellung mit Begründung:

A: Ergebnisplan:

Der Haushaltsplan des Jahres 2023 schließt nach dem Verwaltungsentwurf im Ergebnishaushalt mit einem **Jahresverlust in Höhe von 590.600 EUR (Vj. Jahresverlust 228.500 EUR)** ab.

Hinweis zum Jahresergebnis 2021:

Das Jahresergebnis ist vorläufig. Das Ergebnis wird sich noch im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten (Abschreibungen/Erträge SoPo) verändern.

Im Haushaltserlass des Innenministers vom September 2022 wurden uns nachfolgende Prognosen zum Wirtschaftswachstum und zur Entwicklung des Steueraufkommens mitgeteilt. Die Daten für die Steuereinnahmen beruhen auf dem Ergebnis der Steuerschätzung von Mai 2022.

Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

	2022	2023	2024	2025	2026
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.501 Mio. EUR	1.600 Mio. EUR	+5 %	+4 %	+5 %
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	219 Mio. EUR	226 Mio. EUR	+2 %	+1 %	+1 %
Bedarfsunabhängige Zuweisungen § 32 FAG	155 Mio. EUR	158,9 Mio. EUR	+2 %	+2 %	+2 %
Schlüsselzuweisungen	Gesamtzahl liegt nicht vor	Gesamtzahl liegt nicht vor	+4 %	+2 %	+2 %

Durch örtliche Gegebenheiten kann jedoch auch von anderslautenden Ergebnissen ausgegangen werden (z.B. Gewerbesteuerrückgang durch individuelle Vorhaben).

Die Gemeinden können nach der aktuellen Steuerschätzung zwar in den nächsten Jahren weiter mit moderat steigenden Steuereinnahmen rechnen, jedoch ist der Haushaltskonsolidierungsdruck in den Kommunen ungebrochen.

Die Summe der ausgewiesenen jährlichen Abschreibungsbeträge abzüglich der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten liegt gem. Gesamt-Ergebnisplan bei rd. 46.800 EUR. Bezogen auf das ausgewiesenen Jahresergebnis werden demnach die Abschreibungen aus den Einnahmen des Gemeindehaushalts refinanziert bzw. erwirtschaftet.

Der Haushaltsplan des Jahres 2023 schließt nach dem Verwaltungsentwurf im Ergebnishaushalt im Vergleich zum Vorjahr um 362.100 EUR schlechter ab. Folgende erhebliche Veränderungen im Vorjahresvergleich sind zu benennen:

Sachkonto	2023 (in EUR)	Anmerkung
40210000 Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer	+30.400	Laut Finanzausgleich
40340000 Zweitwohnungssteuer	+9.000	Anpassung
40510000 Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	+23.100	Wiedereinführung der gesetzlichen G
41110000 Schlüsselzuweisungen	-8.300	Laut Finanzausgleich (Vgl. Kto. 5371
43611000 Kurabgabe	-9.300	Anpassung
44810000 Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen Land	-58.300	Beendigung Zuschuss zur energetisc Quartierssanierung
50120000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	-17.300	Meldung laut Hauptamt, keine Person im Kto. 5012 im Jahr 2023. Ansatz be
50190000 Sonstige Beschäftigte	+9.000	Meldung laut Hauptamt, keine Person im Kto. 5012 im Jahr 2023. Ansatz be
50320000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Arbeitnehmer/-	-5.200	Meldung laut Hauptamt, keine Person im Kto. 5012 im Jahr 2023. Ansatz be

innen		
50390000 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für sonstige Beschäftigte	+3.100	Meldung laut Hauptamt, keine Person im Kto. 5012 im Jahr 2023. Ansatz bei
52210000 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	+237.300	Schwarzdecken +50.000 € Brückensanierungen +186.100 € Weitere kleinere Arbeiten (z.B. Pflanz Mulch Dorfplatz) +1.200 €
53410000 Gewerbesteuerumlage	+7.500	Finanzausgleich
53711000 Finanzausgleichsumlage	+29.200	Laut Finanzausgleich (Vgl. Kto. 41110)
53721000 Kreisumlage	+38.200	Finanzausgleich
53722000 Amtsumlage	+64.300	Amtsumlage 51.02 %
54310000 Geschäftsaufwendungen	-50.300	Beendigung Sanierungsmanager für Quartierskonzept -65.500 € B-Pläne inkl. Gutachten und Umweltk +19.000 € Kosten Radwegekonzept -3.800 €
54316000 Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten, Bauleitplanung	-9.500	Kosten für Immissionsschutzgutachte Umbuchung auf Kto. 5431
54520000 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verw.Tätigkeit Gemeinden	-73.700	Umbuchung der Mittel für Inselweiter Tourismusaufwand auf 5456 und Dienstleistungsentgelt auf 5457
54560000 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verw.Tätigkeit sonstige öffentl. Sonderrechnung	+25.000	Inselweiter Tourismusaufwand
54570000 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verw.Tätigkeit private Unternehmen	+66.200	Dienstleistungsentgelt

Ergänzende Hinweise:

Die Erträge (4er Konten) und Aufwendungen (5er Konten) des Ergebnishaushaltes orientieren sich zum größten Teil an den Ansätzen der Vorjahre, bzw. werden aufgrund der aktuellen Entwicklung, bzw. aufgrund der Mittelanmeldungen angepasst.

B: Finanzplan:

Die Investitionen sind im Detail im Investitionsplan mit einem Gesamtvolumen für das Haushaltsjahr 2023 von 73.900 EUR ausgewiesen. Hinzu kommen 22.100 EUR für die Erhöhung des Stammkapitals der Inselwerke.

Im **Produkt 541001 Straßen, Wege und Plätze** wird für die Sanierung des Fußweges im Marschweg ein Betrag von 36.000 EUR geplant. Weiter werden im selben Produkt im Zuge des Radwegekonzepts 35.000 EUR für Arbeiten an der Fahrradstraße Alkersum-Nieblum eingeplant. Für die Fahrradstraße werden zusätzlich Fördermittel in Höhe von 22.000 EUR angesetzt.

Im **Produkt 575003 Tourismus, Kur- und Fremdenverkehr** ist die Anschaffung drei

neuer Sitzbänke in der Gemeinde 1.500 EUR eingeplant.
Ebenso ist im Haushalt 2023 für den Kauf eines Lagerschranks im Toilettenhaus ein Betrag von 500 EUR vorgesehen.

Die folgenden Investitionen werden jeweils auf die **Produkte 575003 Tourismus, Kur- und Fremdenverkehr** und **541001 Straßen, Wege und Plätze** aufgeteilt.
Für den Kauf eines Hinweisschildes/Wegweiser zum alkersumer Spielplatz werden 500 EUR angesetzt.
Für den Bauhof ist die Anschaffung einer motorisierten Heckenschere für 400 EUR eingeplant.

Im **Produkt 612001 Übrige Finanzwirtschaft** wurde die Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinde Alkersum an den Inselwerken mit 22.100 EUR eingeplant.

Die Investitionen werden aus der Liquidität der Gemeinde beglichen

Die Liquidität der Gemeinde beläuft sich zum 07.12.2022 auf 555.697,50 EUR.

In dem Finanzplan (Zeile 42) ist eine **Änderung des Bestandes** an eigenen Finanzmitteln i.H.v. **-668.300 EUR** ausgewiesen.

Ergänzende Hinweise:

Eine Anhebung der Realsteuerhebesätze ist für 2023 in dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht eingeplant.

Es wird gleichwohl empfohlen, im Hinblick auf den unausgeglichene Haushalt, Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen. Bei dem vorliegenden Haushalt muss das Augenmerk auf das negative Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 18 im Ergebnisplan) und die Folgejahre gelegt werden. Nur durch Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, die sowohl einnahmen- wie auch ausgabenseitig vorgenommen werden können, kann ein ausgeglichener Haushalt erzielt werden.

Verwiesen wird an dieser Stelle auf den Runderlass des Innenministeriums über Haushaltskonsolidierung und Gewährung von Fehlbetragszuweisungen. Hierin gelten für Fehlbedarfsgemeinden für 2023 folgende Mindeststeuersätze:

Grundsteuer A 380%, Grundsteuer B 425%, Gewerbesteuer 380%, Hundesteuer erster Hund 120 EUR

Abstimmungsergebnis: 6 Ja (einstimmig)

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt nach Beratung des Planwerkes die der Einladung als Anlage beigefügte Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für 2023.